

II

VOM ZIONISMUS ZUR PALÄSTINENSISCHEN TEILAUTONOMIE

Der Kampf um die Beachtung der Menschenrechte der Palästinenser ist kein singulärer Vorgang, sondern ist eingebettet in ein Konfliktszenario, das vor mehr als 100 Jahren mit der jüdischen Besiedlung Palästinas Ende des 19. Jahrhunderts begann. Die politische Entwicklung des Nahen Ostens und der Nahostkonflikt im 20. Jahrhundert sind deshalb ohne den Zionismus nicht zu verstehen. Er bildet als Nationalbewegung die Staatsraison Israels.

Der Zionismus als eine Form des Nationalismus im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts entstanden, erfuhr seine Bestätigung durch den Assimilationsdruck, den weitverbreiteten Antisemitismus und die diversen Pogrome im zaristischen Rußland nach dem Tode Zar Alexanders II., der 1881 ermordet wurde. Dies führte sowohl zu einer Auswanderung nach »Zion« als auch zu einer Einwanderung osteuropäischer Juden nach Westeuropa. Diese Einwanderung gefährdete die Assimilation des westeuropäischen Judentums. Das jüdische Großbürgertum wollte mit dem »nomadenhaften Proletariat«, wie es Theodor Herzl nannte, wenig zu tun haben. So stellte der englische Jude Sir Edwin Montagu fest, daß ihn mit den Juden anderer Länder nur die Religion verbinde. »Ich stelle fest, daß es keine jüdische Nation gibt«, so der Engländer.

Als einer der Vordenker des Zionismus kann Moses Hess bezeichnet werden. Er forderte wegen des latenten Antisemitismus und des grassierenden Nationalismus als erster eine jüdische Nation, deren Territorium er bereits in Palästina lokalisierte. Seine Verbindung von sozialistischem Gedankengut mit der Konzeption des aufgeklärten Nationalismus hatte auf die zionistische Bewegung nur geringe Ausstrahlung. Nur seine Idee der Schaffung einer jüdischen Bauern- und Arbeiterschaft sollte prägend auf das spätere Israel wirken. Ebenso gehörte der Engländer Moses Montefiori zu einen der ersten, die sich Gedanken über eine jüdische Besiedlung Palästinas machten. So unterbreitete er bereits 1838 auf dem Weg nach Palästina in Kairo Mohammed Ali Pascha, dem Wali von Ägypten, der im Auftrag des Sultans Palä-

stina verwaltete, den Plan, die Juden Europas zu überzeugen, sich in Palästina niederzulassen. Dafür wollte er die Region Galiläa für fünfzig Jahre gegen eine großzügige Zahlung pachten. Der Wali lehnte dies mit dem Argument ab, er sei nicht Eigentümer und könne deshalb auch nichts entscheiden.

Mehr Resonanz als Hess hatte Leo Pinsker, der in seiner Schrift »Autoemanzipation« für die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates plädierte. Pinsker schwankte zwar anfangs zwischen Palästina und dem amerikanischen Kontinent, entschied sich aber dann für Palästina. Als Vater des Zionismus gilt allgemein Theodor Herzl. Seine unter den Eindrücken der Dreyfusaffäre 1896 veröffentlichte Broschüre »Der Judenstaat« gilt als Magna Charta des Zionismus. Nur ein jüdisch-politisches Gebilde »in Palästina oder irgendwo auf diesem Planeten« könne die jüdische Frage lösen. Herzl erhielt vom ersten Zionistenkongreß 1897 in Basel den formalen Auftrag, mit den europäischen Regierungen über die Überlassung eines Territoriums für den Judenstaat zu verhandeln. Die Judenfrage war für Herzl eine nationale Frage, die nur durch die Schaffung eines eigenen Staates zufriedenstellend gelöst werden konnte. Auf dieser Baseler Versammlung wurde die »Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte« für das jüdische Volk in Palästina beschlossen. Dieses Streben nach einer Heimat und einem nationalen Leben stellt nach Chaim Weizman das Fundament des Zionismus dar. Eine solche »Heimstätte« sollte allen Juden der Welt Heimat sein. Daß in dem vorgesehenen Territorium bereits ein anderes Volk lebte, dieser Gedanke kam den 200 Delegierten in Basel nicht. Es kam somit zum Zusammenprall zweier Nationalismen, des jüdischen und des arabischen.

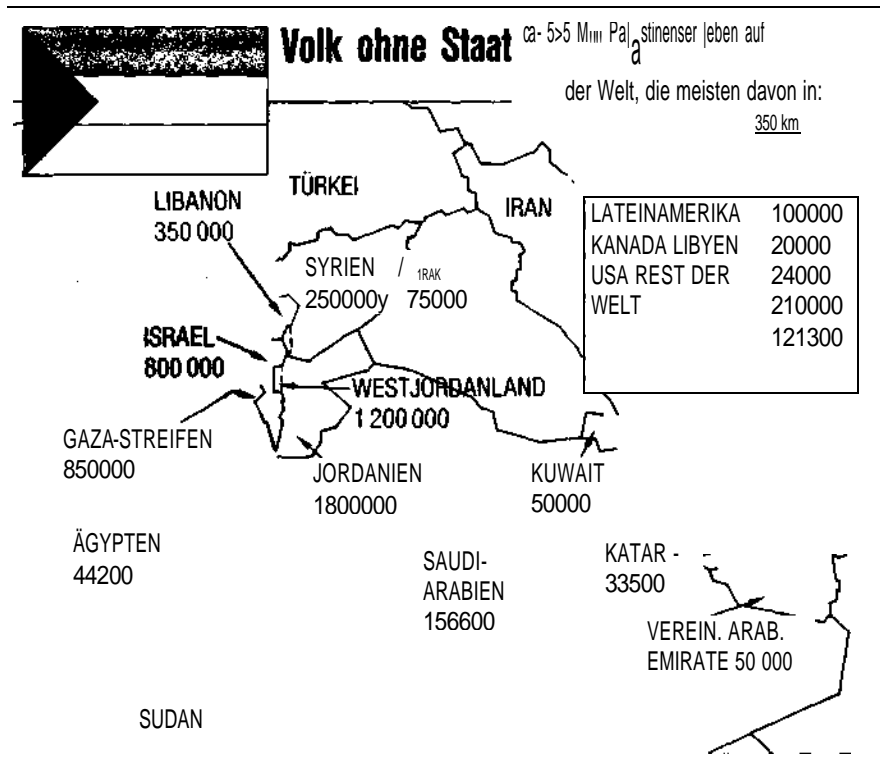
Das zentrale Anliegen des Zionismus, den Begriff prägte 1883 der Österreicher Nathan Birnbaum, besteht im Aufruf an die Juden der Welt, nach »Zion« zurückzukehren, dessen Grenzen in den heiligen Büchern der Juden festgelegt seien. Dieser unpolitische Appell wurde erst später in ein politisch-nationalistisches Programm umgesetzt. »Der Zionismus wurde zu einer international agierenden, durchorganisierten politischen Bewegung mit einer Ideologie, die aus religiösen Legenden, historischen Behauptungen und kolonialistischen Antrieben opportun zusammengemengt war«, so der libanesischer Journalist Adel S. Elias in seinem Buch »Wer wirft den letzten Stein«.

Die meisten Juden standen dem Zionismus indifferent gegenüber. Diese Haltung änderte sich erst, als die Nationalsozialisten den Antisemitismus als Herrschaftsinstrument benutzten und die Juden systematisch ermordeten. Der Zionismus benutzte nun diesen Antisemitismus für seine Ziele und reduzierte ihn auf Rassenwahn und Verfolgung und schloß daraus auf die

ausweglose Lage der Juden allgemein. Die Judenphobie erwies sich somit als ein konstituierendes Element des Zionismus. Sie mache die Juden erst zu Juden und sei das »Lebenselixier« für die zionistische Bewegung, so Herzl. Ohne die Judenphobie wäre der Zionismus wohl eine esoterisch nationale Bewegung geblieben. Die zionistische Bewegung erklärt die Judenphobie als ein der menschlichen Natur innewohnendes Charakteristikum, so Leo Pinsker. Dem Aufruf des Zionismus nach Palästina auszuwandern, waren bis 1920 zirka 85.000 Juden gefolgt. Dagegen lebten 1895 453.000 Araber und nur 24.000 Juden auf 26.320 qkm in Palästina. Es war also kein menschenleeres Gebiet, wie Israel Zangwills Slogan vom »Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« suggerieren wollte.

Die zionistische These, daß die Juden Palästina nicht freiwillig verlassen hätten, sondern von Babyloniern und Römern vertrieben worden seien und deshalb ein Recht auf Heimkehr besäßen, ist historisch so eindeutig nicht zu beantworten. Schon vor der Fremdherrschaft und der Zerstörung Jerusalems hatten die meisten Juden Palästina bereits verlassen, da sie in anderen Ländern bessere ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten besaßen. Es gilt als historisch gesichert, daß es keine sozialen, politischen, wirtschaftlichen und geschichtlichen Bindungen zwischen den hebräischen Bewohnern Palästinas und den jüdischen »Nachfahren« in Israel oder sonstwo auf der Welt gibt. So wurden immer wieder religiöse Hilfsargumente verwendet, um den Zionismus zu untermauern und damit Legitimität zu geben. David Ben Gurion bezeichnete zum Beispiel Moses als den »ersten Zionisten«.

Max Nordau war über die Tatsache, daß in Palästina eine halbe Million Menschen lebten, so erschrocken, daß der Zangwillsche Slogan durch die Losung ersetzt wurde: Besiedlung als Fortschritt und Zivilisation für die Araber. Ein solcher Auftrag hatte schon seine todbringende Wirkung sowohl in Latein- als auch Nordamerika gezeigt. Daraus entwickelte sich die Theorie, daß die Zionisten aus der Wüste einen Garten Gottes gestalten würden. Was die Siedler jedoch einführten, waren rentablere Produktionsmethoden, denen die feudalistischen arabischen Verhältnisse deutlich unterlegen waren. Die zionistische Besiedlung brachte den Menschen den Verlust ihrer Heimat, die Vernichtung ihrer Kultur und Tradition und die Massenflucht in Flüchtlingslager. Die Folgen dieser Kolonisierung haben sich auf die Palästinenser bis heute verheerend ausgewirkt. So schreibt Adel S. Elias, daß die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat eine »Chronologie des Schreckens, des Leidens und der Verzweiflung« war. »Die Systematik, mit der die Israelis dabei vorgehen, zieht sich wie ein >roter Faden des Blutes< durch die Chronik der palästinensischen Flüchtlingswellen.«



Dabei hatten sie - als die Bewohner des seit 1922 bestehenden britischen Mandatsgebietes — das historische Recht auf einen eigenen Staat. Gemäß Völkerrecht sind die Palästinenser eine Nation mit dem Anrecht auf einen Staat. Es gab keine rechtliche Begründung dafür, warum die Palästinenser neben den Juden nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches nicht ihren Staat hätten bekommen sollen. Als die Bewohner Palästinas waren sie die rechtmäßigen Erben des Osmanischen Reiches. Sie hatten eine gemeinsame Kultur, Sprache, Geschichte und zeichneten sich durch enge Familienbande aus. Ihre Ansprüche waren und sind die gleichen, die zu Recht heute die Kroaten, Slowenen, Litauer, Letten, Esten, Ukrainer und alle anderen anmelden. Diese berechtigten Ansprüche wurden aber durch die zionistische Bewegung konterkariert.

Die Zionisten beschrieben die Palästinenser als Araber, die erst kürzlich nach Palästina aufgrund der von den Siedlern geschaffenen Möglichkeiten eingewandert seien. Die Palästinenser wurden als »Rechtsbrecher« an-gese-

hen, deren eigentliche Heimat in irgendeinem der 22 arabischen Staaten sei. Die ersten jüdischen Siedler betrachteten sich als »Kolonialisten« und »Pioniere«. Ihr Verhalten gegenüber den Einwohnern beschreibt Ascher Ginzburg nach seiner Rückkehr aus Palästina 1891 wie folgt: »Sie meinen, die einzige Sprache, die die Araber verstünden, sei die Sprache der Gewalt. Ihr Verhalten ihnen gegenüber ist - milde gesagt - aggressiv. Sie greifen sie grundlos in ihren Dörfern an und sind stolz darauf, sie mit Tritten und Schlägen zu erniedrigen. Das ist der Ausdruck ihrer Wut darüber, daß sich ein anderes Volk in >ihrem< Land befindet und nicht weichen will.« Dagegen unterscheiden sich Palästinenser in ihrer Kultur grundsätzlich von der der anderen Araber. Sie haben eine eigene palästinensische kulturelle Vergangenheit. Die palästinensische Identität basiert nicht auf religiösen Ansprüchen, sondern auf einer eindeutig identifizierbaren palästinensischen Gemeinschaft, die allen jüdischen Ansprüchen auf dieses Gebiet gleichrangig ist.

Der Ursprung des Konfliktes zwischen Juden und Palästinensern liegt also primär in der Weigerung der Zionisten, die Bewohner Palästinas im 19. und frühen 20. Jahrhundert als eine vorstaatliche Gesellschaft anzuerkennen. Die zionistische Negierung einer nationalen palästinensischen Identität führte zwangsläufig zur Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes. Martin Buber und Ernst Simon prophezeiten, daß der Zionismus mit der Behandlung und Akzeptierung der Araber stehe und falle. Diese Stimmen wurden vehement zurückgewiesen und hatten auf den historischen Prozeß keinen Einfluß. Buber gehörte zu den ersten Mahnern des Zionismus und Israels. Auf dem 1921 in Karlsbad abgehaltenen Zionistenkongreß forderte er einen gerechten Bund mit dem arabischen Volk. »Wk verscherzen uns die echten und wertvollen Sympathien, wenn wir eine Methode, die wir bisher als unmenschlich brandmarkten, nun mehr dadurch, daß wir sie selbst üben, praktisch anerkennen ... nicht außen, sondern mitten unter euch, breitet sich das eigentliche, das unüberwindliche Unheil aus.« Und der Schriftsteller Hans Kohn schreibt 1929 in einem Brief an Martin Buber: »Wir sind zwölf Jahre in Palästina, ohne auch nur einmal ernstlich den Versuch gemacht zu haben, uns um die Zustimmung des Volkes zu kümmern, mit dem Volk zu verhandeln, das im Land wohnt. Wir haben uns ausschließlich auf die Militärmacht Großbritanniens verlassen. Wk haben Ziele aufgestellt, die notwendigerweise und in sich selbst zu Konflikten mit den Arabern führen mußten und von denen wir uns sagen müßten, daß sie Anlaß, und zwar berechtigter Anlaß zu einem nationalen Aufstand gegen uns sind.«

Die israelische Rechtsanwältin und Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation »Society of St. Yves«, Lynda Brayer, sieht in der zionistischen »Ideologie« die Ursache für die schlechte Behandlung der Palästinenser. Für sie existieren in Israel zwei verschiedene Wertordnungen. Das »neue Jerusalem«, das das moderne Israel ist, erschien ihr als eine Wiederbelebung von Sparta, in der die Kriegskunst den höchsten gesellschaftlichen Wert darstelle. Der Zionismus habe dem modernen Juden das Judentum in dieser Form nahegebracht und damit jene alten jüdischen Werte ersetzt, die in der Bibel genannt werden. »Das wahre Judentum mußte sich dem Zionismus unterordnen.« Sie weist auf den inneren Widerspruch zwischen dem Zionismus als säkularer »Ideologie« sowie seinen religiösen Ansprüchen auf »Eretz Israel«, das Gott Abraham verheißen habe, hin. Dieser Anspruch setzte aber einen Glauben an Gott voraus, der vom Zionismus als säkularer Ideologie nicht eingelöst werden könne. Ähnlich Yeshayahu Leibowitz: »Eine Berufung auf unsere Religion zur Rechtfertigung der Besetzung ist dabei schon deshalb lächerlich, weil dieser Staat die Autorität der Thora nicht anerkennt und die Mehrheit seiner Bewohner die jüdischen Gesetze nicht einhält.« Die Konsequenzen dieses Dilemmas wurden besonders in der Regierungszeit Menachem Begins und Yitzhak Shamirs sichtbar. Ihre religiös-nationalistische Judäa- und Samaria-Rhetorik machte eine Lösung des Konfliktes immer unwahrscheinlicher. Die Existenzberechtigung des Staates Israel wurde mehr und mehr mythologisch begründet. Erst die Rabin-Meretz-Regierung setzte wieder verstärkt auf die säkulare zionistische Tradition. Henryk M. Broder fordert in einem Nachwort zu Hannah Arendts Buch »Die Krise des Zionismus« von den Zionisten, dafür zu sorgen, »daß den Palästinensern endlich Recht zuteil wird«. Dies sei die »letzte große Herausforderung für den Zionismus hundert Jahre nach seinem Entstehen«.

Es hätte einen jüdischen Staat auch ohne den Holocaust gegeben, weil schon vor dem Holocaust Vorbereitungen für eine Staatsgründung getroffen worden sind. Die Zeichen auf der internationalen Bühne standen auf Entkolonisierung. Der Kampf der jüdischen Untergrundbewegungen war ein Antikolonialkrieg. Ihr Kampfgeist überstieg bei weitem den vieler anderer Kolonialvölker. Michael Wolffsohn ist hier zu folgen, wenn er in seinem Buch »Ewige Schuld?« die Gründung Israels in erster Linie auf die »politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Leistung seiner Gründer« zurückführt. Die Fluchtbewegung aus Europa beschleunigte nur die Ereignisse. In Palästina kämpften zu dieser Zeit bereits drei paramilitärische Truppen gegen die Kolonialpolitik der Briten und gegen die Palästinenser, und zwar die Hagana, Etzel (Irgun Zvai Leumi) und Lehi (»Stern-Ban-

de«). Diese Einheiten gingen nicht zimperlich mit den Arabern um. Für den Terror dieser Gruppen, der überall in Palästina gegenüber den Arabern angewendet wurde, steht stellvertretend für viele das Dorf Deir Yassin, in dem am 9. April 1948 ein Massaker an arabischen Männern, Frauen und Kindern verübt worden ist, das der englische Historiker Arnold Toynbee mit den »Greuelthaten der Nazis gegen die Juden« verglich. Menachem Begin vertrat die Meinung, daß das Massaker »nicht nur seine Berechtigung« hatte, sondern daß es ohne den »Sieg« von Deir Yassin »niemals einen Staat Israel gegeben« hätte. Als Palästina kurz vor einem Bürgerkrieg stand, warfen die Briten das Handtuch und wandten sich 1947 an die Vereinten Nationen. Damit waren die Würfel in Palästina für einen jüdischen Staat gefallen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 29. November 1947 eine Resolution, in der Palästina zwischen Arabern, die 90 Prozent des Landes besaßen, und Juden geteilt wurde. Zu diesem Zeitpunkt lebten 1 365.000 Araber und 610.000 Juden in Palästina. Nach dem Völkerrecht war diese Entscheidung nicht bindend, sondern nur eine Empfehlung. Spätere Vorschläge hoben ihre Anwendung auf. Die gesamte arabische Welt lehnte den Teilungsplan ab, weil er das Recht der Palästinenser auf das ganze Land in Frage stellte und einen unschätzbaren Verlust an Rechten, Eigentum und politischen und sozialen Einrichtungen bedeutete. Die Araber sahen die jüdischen Ansprüche auf Palästina als rechtswidrige Inbesitznahme, als eine Form des Kolonialismus, die der ursprünglichen Bevölkerung ihr Recht auf einen Nationalstaat absprach. Dafür zeigte auch David Ben Gurion Verständnis. »Wieso sollten denn die Araber Frieden schließen? Wenn ich arabischer Führer wäre, ich würde nie ein solches Abkommen mit Israel unterzeichnen. Das ist doch ganz normal: wir haben ihr Land genommen. Sicher, Gott hat es uns versprochen, aber wie kann sie das interessieren? Unser Gott ist nicht der ihre ... Sie sehen nur eins: Wir sind gekommen und haben ihr Land geraubt. Warum sollten sie das hinnehmen?« Über dieses Gespräch berichtete Nahum Goldman in seinem Buch »Das jüdische Paradox«. Die Palästinenser sahen in diesem Teilungsplan die Gefahr der Transformation des europäischen »Judenproblems« in den Nahen Osten; die Entscheidung spiegelte den westeuropäischen Antisemitismus wider, wie in einem Gespräch mit dem Verfasser der protestantische Pastor von Bethlehem, Mitri Raheb, betonte.

1948 besetzten Juden Teile des arabischen Palästinas und gründeten den Staat Israel. Es entstanden drei separate Gebiete: Israel, die Westbank und der Gaza-Streifen. Das historische Jerusalem kam unter arabische Herrschaft, während der Westteil dem jüdischen Staat eingegliedert wurde. Palä-

stina wurde also nicht gemäß dem Teilungsplan der UNO geteilt, sondern durch die Eroberung von Gebieten. Als David Ben Gurion 1948 den Staat Israel ausrief, waren sechs Prozent der gesamten Landfläche jüdischer Grundbesitz. Durch widerrechtliche Aneignung besaß Israel aber 77 Prozent der Gesamtfläche Palästinas, also 21 Prozent mehr, als der UN-Teilungsplan vorsah. Die Juden akzeptierten die Prinzipien der Teilung, wiesen aber den Teilungsplan zurück. Diplomatische Anerkennung und massive ökonomische Unterstützung trugen zur Legitimation Israels bei. Zahlreiche palästinensische Familien flohen wegen der Kämpfe zwischen Juden und Arabern; viele wurden auch deportiert. Die Israelis verweigerten später diesen Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimat. Sie leben bis heute in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Gaza, Syrien, Libanon und der Westbank. Israel enteignete diese Palästinenser durch zwei Gesetze: das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Palästinenser aus jüdisch kontrollierten Gebieten fernhielt, und durch das Absentee Property Law, das die Palästinenser als »intern Abwesende« bezeichnete, deren Eigentum durch einen Vormund (Custodian of Absentee Property) verwaltet werden mußte; diese Institution war ein Zwischenstadium, bevor palästinensisches Eigentum in jüdischen Privatbesitz überging.

Das Ergebnis der jüdischen Kontrolle über Palästina bedeutete für die Palästinenser Chaos und Zerstörung. Die meisten der arabischen Bewohner verloren ihren Reichtum, ihre Häuser, ihr Land, ihre Geschäfte und ihr Vermögen in diesem Teil Palästinas, der zum Staat Israel wurde. Dieser Prozeß ruinierte die palästinensische Gesellschaft. Israel behauptet immer wieder, daß die jüdischen Siedler nach Palästina gekommen seien, um mit den dort lebenden Arabern zu kooperieren. Dies sei aber durch den Einmarsch der arabischen Staaten zunichte gemacht worden. Die Aufforderung der arabischen Staaten an die Palästinenser, ihr Land zu verlassen, um mit den arabischen Armeen wieder zurückzukehren, habe dazu geführt, daß man seinen Kooperationswillen zu einem Zusammenleben nicht habe unter Beweis stellen können. Die Juden seien nicht diejenigen gewesen, die die Palästinenser vertrieben hätten; sie hätten sich um ein Verbleiben bemüht, seien aber selbst nach der Proklamation des Staates existentiell bedroht gewesen. Diese Selbstrechtfertigung ist eine Legende, da die arabischen Armeen nicht in die im UN-Teilungsplan vorgesehenen Gebiete der Israelis vordrangen, sondern in die, die den Arabern zugewiesen waren. Simcha Flapan weist in seinem Buch »Die Geburt Israels« nach, daß die Gründung des Staates auf sieben »Mythen« beruht, die sich im öffentlichen Bewußtsein hartnäckig behaupten.

Zur Desintegration der Palästinenser trug weiterhin die Annexion der Westbank und Jerusalems durch Jordanien am 24. April 1950 bei. Der Gaza-Streifen wurde unter ägyptische Verwaltung gestellt. Im zweiten israelisch-arabischen Krieg von 1956 unterlagen die Araber zwar wieder militärisch, aber durch den Druck der Sowjetunion und den der USA wurde die Niederlage diplomatisch bemäntelt. Scharm al-Scheich wurde aber gegen den Widerstand Ägyptens unter UN-Kontrolle gestellt, und der Golf von Aqaba stand für israelische Schiffe zur freien Durchfahrt offen. Im Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 besetzte Israel diese Gebiete, unterwarf die Palästinenser erneut einer Enteignung und verweigerte Tausenden in ihrem Land zu leben. Diese Niederlage bedeutete für die Araber eine noch nie dagewesene Katastrophe, für Israel aber einen »Pyrrhussieg« wie es Dan Diner ausdrückt. Die Eroberung brachte der Weltöffentlichkeit den Ursprung des Nahostkonfliktes ins Bewußtsein: den zionistischen Anspruch auf »Eretz Israel« und die daraus resultierende Palästina-Frage.

Ogleich die israelische Armeeführung nach dem Juni-Krieg erklärte, keinerlei territoriale Gewinne machen zu wollen, und Moshe Dayan bemerkte, man habe auf den Telefonanruf aus Amman gewartet, der aber ausblieb, konstruierte Israel ein Junktim, das die Gebiete als Faustpfand für eventuelle Friedensverhandlungen einsetzen wollte. Von dieser Erklärung wollte Israel nach dem Krieg nichts mehr wissen, Ost-Jerusalem wurde -um erhebliche Teile im Norden und Süden erweitert— 1980 offiziell annektiert. De facto erfolgte die Annexion bereits am 28. Juni 1967, als Israels Innenminister ein Dekret unterzeichnete, das israelisches Recht auf Ost-Jerusalem ausdehnte und die Stadtgrenzen um 28 Quadratmeilen erweiterte. Damit war die De-facto-Annexion arabischer Gebiete ausgesprochen. Anstatt schon jetzt offen von Annexion zu reden, sprach Israel von »Wiedervereinigung« und »Erweiterung« der Stadtgrenzen. Seine arabischen Bewohner wurden aber keine israelischen Staatsbürger.

Man gab zwar den Sinai im Zuge des Camp-David-Abkommens vom 26. März 1979 an Ägypten zurück - der Sinai gehörte nie zum historischen Palästina -, aber die Golanhöhen annektierte man 1981. Adel S. Elias bewertet den Verhandlungserfolg Israels von 1979 folgendermaßen: »Es ist die große Tragik der Palästinenser und eine perfide Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet das arabische Ägypten der zionistischen Ideologie und ihrer Arroganz der Macht zu solch einem überwältigenden Triumph verhalf.« Allenfalls war man bereit, der Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens eingeschränkte Autonomie zu gewähren. Von einer Souveränität oder einem eigenen Staat wollte Israel nichts wissen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 22. November 1967 die Resolution 242, die Israel zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten aufforderte. Die Israelis versuchten durch eine sophistische Interpretation, die Bedeutung der Resolution herunterzuspielen. Sie konstruierten einen Gegensatz zwischen dem englischen und französischen Text. Während der englische Text angeblich von einem »Rückzug aus besetzten Gebieten« sprach, stünde im französischen Manuskript »Rückzug aus den besetzten Gebieten«. Alle anderen offiziellen Übersetzungen sprechen unzweideutig von den besetzten Gebieten, die Israel zurückzugeben habe.

Drei Argumente wurden gegen die Beibehaltung des Status quo ins Feld geführt: Israel benötige aus Sicherheitsgründen strategische Tiefe, aus den besetzten Gebieten wolle man wirtschaftlichen Nutzen ziehen, und aus ideologischer Sicht sei die Westbank historischer jüdischer Boden, auf dem die Juden siedeln müßten, und dieser gehöre zum jüdischen Staat. Israel will zwar diese Gebiete behalten, aber nicht seine ursprüngliche Bevölkerung. Immer wieder fordern einige radikale Politiker einen Bevölkerungstransfer, der sich aber nur in Kriegszeiten realisieren ließe. So will der Likud-Block die Gebiete nicht zurückgeben, sondern plant eine »Bantustanisierung« der Westbank wie in Südafrika, wie dies der neue Vorsitzende des Likud, Benjamin Netanyahu, kürzlich in einem Interview in der »Süddeutschen Zeitung« ausführte. Die Palästinenser sollen nur eine begrenzte Autonomie erhalten, was auf einem Teil des Territoriums umgesetzt worden ist. Die Arbeitspartei will Jerusalem und den Jordangraben kontrollieren, aber dem Staat keine direkt besiedelten Gebiete einverleiben. Jordanien solle die übrigen Gebiete wieder unter seine Verwaltung nehmen. Als Begründung führt man an, daß der jüdische Charakter des Staates erhalten bleiben solle, der bei einer formalen Annexion in Gefahr sei. Aus Gründen der Demokratie müsse man ja dann den Arabern auch Bürgerrechte geben, wodurch die Juden majorisiert werden könnten. Diese Befürchtungen dürften sich durch die massive Einwanderung sowjetischer Juden aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion gelegt haben.

Wie verhielt sich nun die palästinensische Bevölkerung gegenüber der israelischen Besatzungsmacht? Der offensichtlichste Beweis Israels, in den besetzten Gebieten auf Dauer bleiben zu wollen, ist seine Siedlungspolitik; sie zielt langfristig auf die Veränderung des Charakters der eroberten Gebiete. Zu Beginn der Besatzung ging Israel nach dem 1967 entworfenen »Allon-Plan« — obwohl nie offizielle Regierungspolitik — vor, der vorwiegend auf paramilitärische Siedlungen entlang des Jordangraben, unbewohnter Gebiete im Süden und der Besiedelung des »Gush Etzion-Blocks«

südlich von Bethlehem und der Annektierung Ost-Jerusalems bestand. Die Siedler kamen so gut wie nie mit den Palästinensern in Kontakt. Israel ließ die Bevölkerung weitestgehend in Ruhe. Durch Drohungen hatte die Arbeitspartei die besetzten Gebiete einigermaßen im Griff.

Die Übernahme der Regierung durch den Likud und die nationalreligiösen Parteien führte 1977 zu einer dramatischen Änderung der Politik und des Status quo. Jetzt nahm die Siedlungstätigkeit - nach dem »Sharon-Plan« - bedrohliche Ausmaße an. Mit »religiösen Rechtstiteln« ausgestattet, fand eine Besiedlung auch im Kernland der Palästinenser statt. Dieser Plan sah die Einteilung der Westbank in sieben und den Gaza-Streifen in vier palästinensische »autonome« Enklaven vor, die unter der Oberhoheit Israels stehen sollten, und es sollte systematisch ein Keil in arabische Wohngebiete getrieben werden, um sie voneinander zu trennen. Dadurch wollte Israel erreichen, daß kein arabisches Siedlungsgebiet mehr als 100.000 Einwohner zählen sollte. Den Palästinensern wollte man nicht mehr als 15 Prozent des besetzten Gebietes als Wohngebiete zugestehen. Der Rest sollte von Siedlern kontrolliert werden, die Straßen wurden um die palästinensischen Enklaven herumgeführt. Das gesamte Gebiet um Jerusalem, von den Außenbezirken Ramallahs bis zu den Grenzen Bethlehems, ist bereits in ein »Groß-Jerusalem« verwandelt worden, in dem die von Palästinensern bewohnten Gebieten zu kleinen Enklaven wurden, die von israelischen Siedlungen umgeben sind. Die augenblickliche Politik der Arbeitspartei gibt sich mit dieser Politik zufrieden; sie unterscheidet sich von der Shamir-Regierung nur dadurch, daß sie größere Enklaven im Auge hat. Das Prinzip aber bleibt bestehen, daß die Enklaven strategisch verstreut entlang den Straßen liegen. Die Arbeitspartei plant für die Westbank nur vier Enklaven: zwei in »Samaria« und zwei in »Judäa« (d.h. nördlich und südlich von Jerusalem) und nur zwei im Gaza-Streifen. Auf »Groß-Jerusalem« bezogen übernimmt die Arbeitspartei die Vorstellungen Ariel Sharons. Sie setzt also mit mehr Vernunft die Politik der Zügellosigkeit Sharons fort.

Unter der Regierung von Menachem Begin gewann die 1974 gegründete Siedlungsbewegung Gush Emunim (Block der Getreuen) beständig an Einfluß. Ihre religiös-nationalistische Siedlungsideologie konnte mit großem Erfolg durchgesetzt werden. Der harte Kern der Gush Emunim-Siedler ist von einer Feindschaft gegenüber den Arabern beseelt. Sie vertreten die Doktrin vom ganzen »Eretz Israel« und sehen die ursprünglichen Bewohner als solche an, die »unrechtmäßig« in »ihrem« Land leben. Sie lehnen jeden Kompromiß mit den Palästinensern ab. Ein palästinensischer Kaufmann aus Shuk wurde durch einen Steinwurf des extremistischen Rabbiners Moshe Levinger von der Gush Emunim-Bewegung getötet. Levinger erhielt

fünf Monate Haft für die Tötung eines Arabers. Es kommt oft zu Feindseligkeiten und Demütigungen von Palästinensern, insbesondere durch die nationalreligiösen Siedler, die im Unterschied zu den Palästinensern bewaffnet sind. Diese bewaffneten Siedler in der Altstadt von Hebron stellen für die Palästinenser eine permanente Provokation dar, wie dem Verfasser bei mehreren Besuchen in Hebron immer wieder versichert und wie in den Anfang 1994 ausgestrahlten Fernsehbericht »Im Bunker Gottes« deutlich wurde. Für die Juden dagegen ist es eine Selbstverständlichkeit, dort zu leben, wo ihre Stammväter begraben liegen.

Durch seine Siedlungspolitik (paramilitärisch, national-religiös und Vorstadtsiedlungen) ist es Israel gelungen, Tatsachen zu schaffen, die eine Rückgabe der besetzten Gebiete im Gaza-Streifen und in der Westbank fast unmöglich erscheinen lassen. Die israelische Position wurde gegenüber der palästinensischen durch die Inbesitznahme des ganzen Landes verbessert. Außerdem stellen die Siedler eine Lobby dar, die jeden Versuch einer Partei in Israel blockieren würde, sich aus den Gebieten zurückzuziehen.

Die Siedler genießen gegenüber der arabischen Bevölkerung viele Privilegien. So erhalten die Siedlungen des Qatif-Blocks im Gaza-Streifen, der von der Rabin-Regierung 1974—1977 gegründet wurde und den Gaza-Streifen in zwei separate Enklaven teilen soll, finanzielle Unterstützung. Efraim Davidi von der Zeitung »Davar« beschreibt, wie lebenswichtig dies für Israel ist. »Der Qatif-Block produziert heute 40 Prozent der israelischen Tomaten und einen wesentlichen Anteil an Schnittblumen, die für den Export bestimmt sind.« Er weist nach, daß die jetzige Regierung die Subventionen weiter erhöht hat; deshalb sind die Wohnungen billig. Die Rabin-Regierung bemüht sich verstärkt, neue Siedler für diesen Block zu gewinnen. Jeder Siedler erhält 95 Prozent Hypotheken auf sein Haus, die ihnen zusätzlich zu einer Anleihe von 6500 US-Dollar bewilligt werden.

Danny Rubinstein erläuterte im März 1993 in »Ha'aretz«, daß vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt Israel hermetisch abgeriegelt und alle Palästinenser aus dem Gaza-Streifen daran gehindert werden könnten, nach Israel zu kommen. Die Zahl der aus dem Gaza-Streifen nach Israel kommenden Arbeiter fiel von Mitte der achtziger Jahre von 80.000 auf heute 40.000. Da die Arbeitslosigkeit in Israel wächst, hat auch die Nachfrage nach palästinensischen Arbeitskräften nachgelassen. Die Argumente der Siedler haben heute ein stärkeres Gewicht als die militärischen der israelischen Regierung. Weshalb sich der Haß auf die Siedler immer wieder in gewaltsamen Aktionen der Palästinenser Luft macht, liegt darin begründet, daß Ausschreitungen der Siedler von den Behörden in der Regel weder verhindert noch kon-

trolliert, ja selbst nicht adäquat bestraft, geschweige den verfolgt werden. Im Karp-Bericht, der von der israelischen Generalstaatsanwaltschaft in Auftrag gegeben wurde, heißt es, daß die Siedler bei Gewaltanwendungen gegenüber Arabern meist ungeschoren davorkämen.

Lange Zeit konnte Israel das Image einer »liberalen Besatzung« in der Öffentlichkeit aufrechterhalten. Dies galt insbesondere bis Mitte der siebziger Jahre. Die Politik von Verteidigungsminister Moshe Dayan zielte darauf ab, den Menschen, so weit es möglich war, die Fortsetzung ihres früheren Lebens zu gestatten. Man half sogar, entstandene Schäden zu reparieren, ohne jedoch eine Verbesserung des früheren Zustandes anzustreben. Reibungen und Konflikte sollten möglichst vermieden werden. Jeder Widerstand aber wurde schärfstens unterdrückt. Man sollte die Besetzung fühlen, aber nicht sehen. Dayans Politik schien aufzugehen. Bis Mitte der siebziger Jahre gab es keinen nennenswerten Widerstand. Auch war die ökonomische Situation zufriedenstellend, und die wenigen jüdischen Siedlungen waren weitab von den palästinensischen Zentren. Die Unterdrückung der Palästinenser wurde vielfach nicht öffentlich.

Mit der Regierungsübernahme des Likud-Blocks änderte sich nicht nur der Stil der Besetzung, sondern auch die Stimmung der Bevölkerung. Die völkerrechtswidrige Landenteignung und der systematische Straßenbau waren der Ausdruck Israels, die Gebiete auf Dauer behalten zu wollen. Die Unterdrückung wurde jetzt nicht mehr rhetorisch verbrämt, sondern ein Vertreter der Militärregierung gab 1980 freimütig zu, daß er nicht an der Verbesserung der Lage der Menschen interessiert sei, sondern an deren Auswanderung. Die Politik der Nichteinmischung wurde zugunsten einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik aufgegeben, d.h. Nationalisten wurden bestraft und Kooperationswillige belohnt. Die Selbstverwaltungsstruktur wurde systematisch zerschlagen. So waren alle 1976 gewählten Bürgermeister spätestens 1982 abgesetzt, und die für 1980 terminierten Wahlen haben bis heute noch nicht stattgefunden. Die Bevölkerung ist der Willkür der Militärbehörden ausgeliefert, die jeden »Bittgang« zu einem Spießbrutenlauf werden läßt.

Schon kurze Zeit nach Gründung der PLO am 16. Juni 1964 in Kairo nahm die »Palästinensische Befreiungsarmee« den Kampf gegen Israel auf. Die Zerstörung des Landes wurde in ihre Charta aufgenommen. Die Mitglieder der Befreiungsarmee nannten sich »Fedajin« (= Die sich selbst aufopfern). Sie hielten die besetzten Gebiete als Operationsgebiet für besonders geeignet, da sie sich dort »wie die Fische im Wasser« bewegen konnten. Am 20. August 1967 beschloß die »al-Fatah« (= Palästinensische

Befreiungsbewegung) den »Sturm auf die zionistische Festung«. Die ersten Aktionen gegen Israel waren nicht sehr erfolgreich. Erst in der »Schlacht« von Karame, einem jordanischen Dorf, kam es zu einer ersten ernsthaften Auseinandersetzung zwischen den Fedajin und der israelischen Armee, bei der im März 1968 124 Fedajin und 32 israelische Soldaten getötet wurden. Die Palästinenser sahen in diesem Zusammenstoß einen psychologischen Sieg, der sich auch auf die interne Struktur der PLO auswirkte. So mußte am 24. Dezember 1968 der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Achmed Shukairi, als Vorsitzender zurücktreten. Jahija Hammuda übernahm als Übergangspräsident die Leitung, bis im Februar 1969 Yassir Arafat (= Abu Ammar) die Führung übernahm.

Es wurde schnell deutlich, daß die unter der Führung der al-Fatah stehende PLO nicht alle Fedajin-Verbände in den angrenzenden Ländern unter Kontrolle hatte. Mitte 1969 spaltete sich die »Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas« (DFLP) unter Naif Hawatmeh von der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) des George Habash ab. Die palästinensischen Fedajin etablierten sich in Jordanien zu einer Macht, die König Hussein offen herausforderte. Schon Ende August 1970 kam es zu schweren Kämpfen zwischen Fedajin und der jordanischen Armee. Die Lage spitzte sich dramatisch zu, als die PFLP im September 1970 fünf Zivilflugzeuge auf einem »Flughafen der Revolution« im Norden Jordaniens zur Landung gezwungen hatte. Als am 21. September 1970 Syrien auf Druck der Amerikaner seine Panzer wieder aus Jordanien zurückgezogen hatte, schlugen König Husseins Soldaten in ihrem berühmt-berüchtigten »Schwarzen-September-Massaker« gnadenlos gegen die Fedajin zu. Fast 3000 Fedajin fielen dieser »Abrechnungsorgie« zum Opfer. Weil danach die Aktionen gegen König Hussein durch die DFLP und PFLP nicht aufhörten, wurden die PLO-Milizen im Juli 1971 völlig zerschlagen und aus Jordanien vertrieben. Sie hatten damit ihre wichtigste Basis im »Kampf« gegen Israel eingebüßt.

Der Yom-Kippur-Krieg vom 6. Oktober 1973 leitete eine Wende im Verhältnis der arabischen Staaten zu Israel ein. Obwohl der Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens Israel anfänglich in größte Schwierigkeiten gebracht hatte, gelang es der israelischen Armee unter Führung Ariel Sharons, den Suezkanal zu überqueren und weit nach Ägypten vorzustoßen und die ägyptischen Armeen auf der Sinai-Halbinsel einzukreisen. Nach Drohungen von seiten der Sowjetunion, Atomwaffen einzusetzen, erzwang der amerikanische Außenminister Henry Kissinger am 24. Oktober 1973 von den Israelis einen Waffenstillstand. Die Verhandlungen darüber begannen am

11. November 1973 beim Kilometerstein 101 in Ägypten. Durch die hohen Verluste der Israelis war erstmals der Nimbus der Armee stark angekratzt. Der UN-Sicherheitsrat rief in seiner Resolution 338 die Konfliktparteien auf, im Rahmen der UN-Resolution 242 einen gerechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen. Flankiert wurden diese Maßnahmen von der Verhängung eines Erdölembargos am 16. Oktober 1973 gegen Israelfreundliche Staaten. Dieser »Olschock« hatte tiefgreifende Veränderungen in der westlichen Wirtschaft und Politik zur Folge.

Die PLO schien aus diesem Konflikt gestärkt hervorgegangen zu sein, denn sie wurde auf der Gipfelkonferenz der arabischen Staatsschefs im November 1973 zur einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes gekürt. Die PLO schwankte zwischen Kampf und Diplomatie. Einerseits wurde der Kampf gegen das »zionistische Gebilde« fortgesetzt, andererseits brachte die Welle diplomatischer Anerkennung einen sichtlichen Prestigege-
winn für die Organisation. Der Widerstand in Form des »Terrors« war bis zu seiner Abschwörung im November 1988 eines der Markenzeichen des palästinensischen Widerstandes. Für den größten Teil des Widerstandes trifft die Bezeichnung »Terror« jedoch nicht zu.

Daß man auch in Israel schon immer etwas differenzierter und verständnisvoller über die Ursachen des palästinensischen Widerstandes nachgedacht hat, machen Moshe Dayans Ausführungen von 1971 vor Studenten des Technion in Haifa deutlich: »Alle unsere Siedlungen sind erbaut auf den Ruinen palästinensischer Dörfer. Ja, wir haben sie nicht nur ausradiert bis auf den Boden, sondern auch ihre Namen aus den Geschichtsbüchern ausradiert. Sie haben also ihre triftigen Gründe für den Kampf, den sie gegen uns führen. Unser Problem ist nicht, wie wir sie loswerden sollen, sondern wie wir mit ihnen leben können. Wenn ich selbst ein Palästinenser wäre, ich wäre wahrscheinlich ein Kämpfer in Al-Fatah.«

Diese Widerstandsmentalität hatte fast ein ganzes Volk erfaßt; sie entlud sich aber nur bei einer Minderheit in Gewaltmaßnahmen. Während der 27jährigen israelischen Besetzung wuchs eine Generation heran, die sich mit den Zuständen nicht abfinden wollte. Sie stellte auch die traditionellen Familienstrukturen (Familienoberhaupt, Dorfvorsteher) in Frage. Diese Generation ist es, die zu Trägern des Palästinenseraufstandes (Intifada) wurde. Sie haben die Furcht vor israelischen Strafmaßnahmen verloren und fordern die Besatzungsmacht massiv heraus. Die Unterdrückung wurde zunehmend härter, um die rücksichtslosen Forderungen der Siedler zu befriedigen. Die Armee war immer schneller bereit, scharfe Munition gegen Demonstranten einzusetzen.

Die Intifada war kein ferngesteuertes Unternehmen aus Tunis oder Damaskus. Die PLO-Vertreter und alle internationalen »Experten« sind von ihr überrascht worden. Weder die Erschießung zweier palästinensischer Studenten in der Bir Zeit-Universität im Dezember 1986 noch die Kamikaze-Aktion eines Aktivisten des PFLP-Generalkommandos vom 25. November 1987, bei der sechs israelische Soldaten in Galiläa getötet wurden, und die von den Palästinensern bejubelt worden war, kann nicht als auslösendes Moment angesehen werden, da diese Aktionen keinerlei Wirkung in den besetzten Gebieten hatten. Es waren vielmehr die Not, die Angst vor Deportationen, Landenteignungen, aggressiven Siedlern, die Verzweiflung gegen den Lagerkrieg, den die Palästinenser im Libanon führten, und der Haß auf die Besatzer, die den Palästinensern das Leben immer unerträglicher machten. Das Szenarium zum Aufstand begann am 6. Dezember 1987 mit der Ermordung des israelischen Geschäftsmannes Shlomo Tahal, dem durch ein Mitglied der Terrorereinheit »Force 17« auf dem Palästinaplatz im Gaza-Streifen die Kehle durchgeschnitten wurde. Am 8. Dezember 1987 raste ein israelischer Militärtransporter in einige wartende arabische Autos zwischen Israel und dem Gaza-Streifen. Vier Arbeiter wurden getötet, einige schwer verletzt. Drei der getöteten stammten aus Jabalia, dem größten Flüchtlingslager des Gaza-Streifens. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich bei diesem Verkehrsunfall um einen Racheakt handelte. Die Beerdigung der drei Palästinenser am 9. Dezember geriet zu einer riesigen Demonstration gegen die Besetzung. Am nächsten Tag wurde in Jabalia der 15jährige Ha-tem as-Sissi durch Herzschuß getötet. Der Aufstand hatte seinen ersten »Märtyrer«.

Daraufhin breiteten sich die Proteste aus, zuerst auf die anderen Flüchtlingslager, später auf die größeren Städte der Westbank. Es handelte sich überall nur um Demonstrationen. »Wenn die Armee nicht eingegriffen hätte, wäre weiter nichts passiert«, so Alexander Flores in seinem Buch »Intifada«. Aber die Armee wollte jede Demonstration auflösen, ihre Reaktion war gewalttätig und hilflos. Die Regierung war zu einer politischen Antwort nicht fähig. Statt dessen setzte sie Tränengas, Gummigeschosse und scharfe Munition ein. Bereits nach einigen Tagen hatte der Aufstand weitere »Märtyrer«. Die als Abschreckung der Palästinenser gedachten Maßnahmen führten nur zu einer Eskalation der Gewalt. Innerhalb weniger Tage waren der ganze Gaza-Streifen und einige Flüchtlingslager der Westbank im Aufstand. Es brauchte immerhin zwei Wochen, bis sich die Fatah-PLO mit ihrer Jugendorganisation Schabiba an die Spitze des Aufstandes setzte. Vier Gruppen der PLO bildeten die »Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes«

(VNFA), die im Januar 1988 zu einem totalen Volkskrieg aufrief. Dieser sollte nicht mit Feuerwaffen, sondern mit einem »Hagel von Steinen, Molotowcocktails und Eisenstangen« ausgetragen werden. Die Befreiung sollte durch zivilen Ungehorsam erreicht werden; parallel dazu wollte man eine politische, soziale und ökonomische Infrastruktur aufbauen. Ebenso sollte die israelische Wirtschaft boykottiert werden.

Zu einem Ausbruch der Gewalt kam es auch in Jerusalem, als Ariel Sharon im Dezember 1987 eine Wohnung im muslimischen Teil der Altstadt bezog. Der damalige Verteidigungsminister Yitzhak Rabin interpretierte den Aufstand als von der PLO gesteuert. Hier irrte Rabin ebenso wie fünf Jahre später, als er die Hamas-Bewegung als reine Terrororganisation bezeichnete, die aus den USA ferngesteuert würde. Die Hamas konnte erst unter der Kontrolle und mit Duldung des israelischen Militärkommandeurs von Gaza zu dem werden, was sie heute ist. Israel wollte die Hamas als Gegengewicht zur PLO. Mit Rat, Tat und Geld unterstützte die israelische Regierung die Fundamentalisten in den besetzten Gebieten, schreibt Michael Wolffsohn in seinem jüngsten Buch »Frieden jetzt?« Die »Bewegung des Islamischen Widerstands« (Hamas) versteht sich nach ihrer Charta vom 18. August 1988 als ein »Flügel der Muslimbruderschaft in Palästina«. Die Muslimbrüder lehnten den bewaffneten Kampf ab und spielten anfangs eine positive Rolle, indem sie eine soziale und religiöse Infrastruktur aufbauten. Erst im Laufe der Intifada radikalisierten sich wesentliche Teile der Muslimbrüder und gründeten unter Scheich Ahmad Yassin 1988 die Hamas. In ihrer Charta läßt die Organisation keinen Zweifel an ihrem Ziel, der Zerstörung des Staates Israel. Daß Israel diese Organisation mit allen legalen und militärischen Mitteln bekämpfen muß, versteht sich von selbst. Ein Ausgleich mit Arafats PLO drängte sich für Israel auch schon deshalb auf, weil er zunehmend an Unterstützung und Sympathie in den besetzten Gebieten einbüßte; er war das geringere Übel. Ein noch größeres Interesse an einem Modus vivendi dürfte aber Arafat gehabt haben, da durch den Zusammenbruch der Sowjetunion der Sponsor der Palästinenser abhanden gekommen ist. Die »Neue Weltordnung« forderte von Arafat den Kompromiß.

Die Intifada stellte den Staat Israel und seine Armee politisch und militärisch vor Probleme, die das Land in seiner 40jährigen Geschichte noch nie zu bewältigen hatte, schreibt Friedrich Schreiber in seinem Buch »Kampf um Palästina«. Die Identitätskrise der Armee, die mit dem Desaster im Libanon 1982 begann, verstärkte sich noch durch die Intifada. »Dieser 1982 geführte Krieg widersprach dem Selbstverständnis Israels zutiefst,

handelte es sich hier nicht um einen der Existenz des Gemeinwesens dienenden Waffengang, sondern um ein militärisches Vorgehen, das die Regierung in den Augen der Mehrheit der Bürger nicht als Staat, sondern als bloße Fraktion offenbarte. Ihre Ziele waren nicht mehrheitsfähig«, so Dan Diner in der »FAZ« vom 14. September 1993. Das Vertrauen zwischen Armee und Bevölkerung war nachhaltig gestört. Der Desintegrationsprozeß der Armee schritt weiter voran. Selbstmorde, Drogenmißbrauch und Gesetzesverstöße nahmen weiter zu. Dementsprechend verunsichert und brutal reagierten die Soldaten. Obwohl laut »Prügelbefehl« der Einsatz von »Gewalt« nur für widerrechtliche Demonstrationen und solche Personen, die sich einer Festnahme entziehen wollten, angewendet werden durfte, sah die Wirklichkeit wesentlich anders aus. Die Soldaten prügelten mit ihrem Schlagstock auf die Drangsalierten ein, brachen den Palästinensern Armknochen oder malträtierten Gefangene mit Felsbrocken, Gewehrläufen, mit Fußtritten oder trampelten auf ihnen herum. Diese Brutalität wurde von den Menschenrechtsorganisationen glaubwürdig dokumentiert, und die israelische Öffentlichkeit wurde umfassend informiert. Verantwortlich für die Einsätze war Yitzhak Rabin.

Der Palästinenseraufstand war eine sogenannte Volkserhebung, seine Fortsetzung bis heute ist es jedoch nicht mehr. Als die gängigsten Protestformen haben sich Demonstrationen, Steinwürfe auf Soldaten und Siedler, Barrikadenbauten und Anzünden von Autoreifen, Hissen der palästinensischen Flagge, Sprühen politischer Slogans an Häuserwände sowie Streiks der Geschäftsleute herauskristallisiert. Mit der Intifada wurde auch der Versuch unternommen, die besetzten Gebiete soweit wie möglich von Israel abzukoppeln und sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen, um die Bevölkerung durch eine Mobilisierungsarbeit auf einen langfristigen Widerstand vorzubereiten. Man wollte sich mit der Abhängigkeit vom Staat Israel nicht abfinden. Die Intifada konnte beträchtliche Anfangserfolge verbuchen. Mit dem Boykott israelischer Waren, dem Rücktritt der palästinensischen Polizisten und Steuereintreiber sowie der Zerstörung des Kollaborateur- und Spitzelnetzes wurde eine gewisse, wenn auch keine vollständige Loslösung von Israel erreicht. Die israelische Armee wurde massiv in Bedrängnis gebracht, weil sie auf Polizeidienste nicht vorbereitet war. Erst im August 1988 ergriff sie wieder die Initiative und stellte die Mitgliedschaft in den Komitees, die den Aufbau der Strukturen voranbringen sollten, unter Strafe; damit traf sie den Lebensnerv der Intifada. Just in diesem Augenblick verzichtete König Hussein von Jordanien am 31. Juli 1988 auf die Souveränität über die Westbank. »Die Armee konnte somit die Intifada daran hin-

dem, in dieses Vakuum die Strukturen für einen zukünftigen Staat zu schaffen und zu erproben«, so Helga Baumgarten in ihrem Buch »Palästina: Befreiung in den Staat«.

Das brutale Vorgehen der israelischen Armee half aber lange Zeit nicht, den Aufstand niederzuschlagen. Durch die Intifada wurde die israelische Gesellschaft verunsichert, die Friedenskräfte gestärkt und der Weltöffentlichkeit das Palästinenserproblem noch nachhaltiger ins Bewußtsein gerufen. Die PLO bekannte sich auf Druck der Intifada-Führung zum Zwei-Staaten-Modell. Am 15. November 1988 proklamierte der Palästinensische Nationalrat in Algerien einen unabhängigen Staat »Palästina«. Diesem »Staat« blieb aber der diplomatische Durchbruch versagt, weil die führenden westlichen Industriestaaten - allen voran die USA - ihre völkerrechtliche Anerkennung verweigerten. Da half es auch nicht, daß fast über 100 Staaten der Dritten Welt und des sogenannten sozialistischen Lagers ihn anerkannten. Die PLO schwor — wenn auch erst verklausuliert — dem Terror als Mittel der Politik ab. Das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1948 wurde indirekt anerkannt. Daraufhin knüpften die USA erste vorsichtige Kontakte zur PLO. Die Palästinenser waren also zur friedlichen Koexistenz mit Israel bereit. Diese Bereitschaft wurde aber von der israelischen Regierung nicht positiv erwidert. »Sie wollte sich von den Palästinensern nicht erst anerkennen lassen«, so Dan Diner. Statt dessen weigerte man sich weiterhin, mit »Terroristen« zu verhandeln. Das Interesse, mit der PLO in Verhandlungen über die Rückgabe der besetzten Gebiete einzutreten, war zu keinem Zeitpunkt vorhanden, weil man immer noch dem zionistischen Traum von »Eretz Israel« anhing, der die Westbank als biblisches Land ansieht, das eigentlich Israel zustehe. Von diesen ideologischen Fesseln konnte oder wollte sich — trotz sichtbarer Erfolge — auch die Rabin-Meretz-Regierung noch nicht offiziell befreien.

Die Intifada hatte aber auch eine innerpalästinensische Stoßrichtung. Sie war auch eine Revolte gegen die veralteten Verhältnisse unter den Palästinensern, wie der Direktor der israelischen Menschenrechtsorganisation BTselem, Yizhar Be'er, betonte. Es habe ein Machtkampf zwischen der erfolglosen alten Generation und der erfolgreichen jungen stattgefunden. Die israelische Besatzungsmacht habe darauf mit Massenverhaftungen der jeweiligen lokalen Führungen geantwortet. Neue Führungsgruppen folgten, die immer ungebildeter waren. Rivalitäten und Machtkämpfe wurden zunehmend brutaler. Es kam zu zahlreichen Morden innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft. Be'er sieht den Versuch der Palästinenser, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, als gescheitert an, weil es heute keinen

Aufstand mehr gebe, sondern nur noch einen Machtkampf zwischen kleinen Gruppen. Dieser Machtkampf findet auch zwischen den säkularen Gruppierungen der PLO und der islamisch-fundamentalistischen Hamas-Bewegung statt. Die These von dem Aufstand gegen die alte Ordnung wird auch von dem palästinensischen Schriftsteller Said K. Aburish in seinem Buch »Schrei, Palästina« vertreten. Die Kinder der Intifada und ihre Mütter identifizierten sich mit dem Kampf zwischen den Besitzlosen und den Besitzenden. »Sie betrachten sich als eine Vorhut einer Revolution gegen die alte Ordnung, sowohl im Westjordanland als auch in der gesamten arabischen Welt, und die Älteren als eine Generation von Verrätern.« Der Journalist Bassam Schweiki aus Hebron sieht hingegen in der Intifada immer noch den erfolgreichen Versuch, Widerstand gegen die israelische Besetzung zu leisten. »Der Hungerstreik der Häftlinge vom Oktober 1992 hat der Intifada wieder moralischen Rückhalt gegeben.« Auch Ali Abu Hilal, Mitglied des palästinensischen Nationalrates, hält die Intifada nach wie vor für geeignet, den Zusammenhalt der Palästinenser gegenüber Israel zu dokumentieren. Nur wenn es gelänge, eine innerpalästinensische Einheit herzustellen, werde die Intifada ein neues Momentum gewinnen. Je stärker der Druck der Israelis sei, desto eher komme es zu dieser Einheit, so hofft Abu Hilal.

Die Intifada befindet sich im siebten Jahr. Sie hat zwar ihre Ziele nicht erreicht, aber für das palästinensische Selbstbewußtsein war sie von größter Bedeutung. Es wurde offensichtlich, daß die israelische Armee nicht allmächtig ist und auch der Staat Israel, wenn nicht in seinen Grundfesten, so doch in seinem Selbstbewußtsein angeschlagen wurde. Der Aufstand zeigte den Israelis, wo die »ethischen Grenzen« der Gewaltanwendung verlaufen. Die israelische Gesellschaft nahm moralischen Schaden, polarisierte und spaltete sich. Israel konnte seine Herrschaft über die besetzten Gebiete bis heute nur durch eine unverminderte Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung fortsetzen. Sie wurde während und nach dem zweiten Golfkrieg 1991, als die PLO in Verkennung der machtpolitischen Verhältnisse auf den Despoten in Bagdad setzte und jede Scud-Rakete von den Palästinensern öffentlich bejubelt wurde, noch intensiviert. Ein Teil der Linken in Israel war zutiefst enttäuscht. So schrieb Yossi Sarid 1991 in »Ha'aretz«: »Im Vergleich mit den Verbrechen Saddam Husseins erscheinen die Sünden der israelischen Regierung weiß wie Schnee. Ich trete aber weiter für ihr Recht auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat ein, weil es mein eigenes Recht ist, die Besetzung und ihre negativen Folgen loszuwerden. Vielleicht haben sie die Besetzung verdient, wir jedenfalls haben sie

nicht verdient.« Diese Ausführungen lösten heftigen Widerspruch in Israel aus. Die von den Amerikanern erzwungene Wehrlosigkeit Israels hat das Selbstverständnis des Staates tief erschüttert. Israel sah sich erstmalig mit einer Situation konfrontiert, die seiner Staatsdoktrin widersprach. Im Ausland bewirkte der Angriff auf Israel eine Flut von Solidaritätskundgebungen für das Land, die sich vor allem in finanziellen Hilfeleistungen ausdrückten. Wer erinnert sich nicht der Israelreisen deutscher Politiker mit Schecks in ihrem Gepäck.

All dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Repressionen nicht weniger geworden sind, ja sie wurden in der Folge durch die Massendeportation vom Dezember 1992 noch gesteigert. Ihren Höhepunkt erreichte die Unterdrückung durch die am 30. März 1993 und bis heute in Kraft befindliche totale Abriegelung der besetzten Gebiete durch Israel. Mit dieser Maßnahme wollte Israel dem Morden an unschuldigen Israelis durch Palästinenser ein Ende setzen. Durch zahlreiche Straßensperren hat Israel die besetzten Gebiete in vier separate militärische Kantone aufgeteilt: eine nördliche und eine südliche Westbank, Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen. Zusätzlich sind sieben Dörfer außerhalb Jerusalems zwischen Straßensperren und israelischen Siedlungen sowohl von Jerusalem als auch der Westbank total abgeschlossen. Die Auswirkungen auf die palästinensische Wirtschaft, die Gesundheitsversorgung, die Bewegungsfreiheit, die freie Religionsausübung, die Ausbildung der Palästinenser sowie die Beziehungen zwischen Anwälten und Gefangenen sind auf das schwerste beeinträchtigt.

Wie sich die totale Abriegelung auf die Bevölkerung auswirkt, konnte der Verfasser Mitte Juni 1993 hautnah erleben, als er in einem Taxi eines Palästinensers im Gaza-Streifen und in der Westbank unterwegs war und mehrmals vom Militär kontrolliert wurde. Zweimal erlebte er nachts in Bethlehem, wie das israelische Militär »Jagd auf Terroristen« und sogenannte »wanted persons« machte. Bethlehem glich gegen 22 Uhr einer Geisterstadt, die Stadt war völlig ausgestorben, nur Militär war überall zu sehen. Durch den Abschluß von Leuchtraketen wurde es in einigen Stadtvierteln taghell. Das Militär durchkämmte Straßenzug um Straßenzug, um dieser Personengruppe habhaft zu werden. Auch psychisch hat die Abriegelung für die Palästinenser verheerende Auswirkungen. »Wir leben jetzt hier in Palästina wie in einem großen Gefängnis. Alle Bewegungen werden vom Militär kontrolliert. Für jeden Schritt benötigt man eine Genehmigung der Militärverwaltung«, beschreibt der Chefredakteur von »Jerusalem Times«, Hanna Siniora, die Lage.

Auf die Beschießung Nordisraels mit Katjuscha-Raketen durch die proiranische Hisbollah (Partei Gottes) antwortete Israel mit massiven Angriffen auf den gesamten Libanon. Die »Operation Rechenschaft« wurde in zynischer Weise angekündigt und durchgeführt. Bewußt setzte man das Mittel der Vertreibung der Zivilbevölkerung ein, um auf die libanesische Regierung Druck auszuüben, daß selbst die sonst in ihrer Wortwahl sehr bedachte »FAZ« von »Terror« seitens Israels sprach. Und für den ehemaligen Knesset-Abgeordneten Uri Avnery war es »der grausamste ... und vielleicht auch der sinnloseste« Krieg, den Israel je geführt habe. »Noch nie hat eine israelische Regierung einen Krieg geführt, dessen offizielles Ziel es war, die Zivilbevölkerung gänzlich zu vertreiben«, so der Schriftsteller im »Spiegel«. Dieses Kriegsziel wurde erstmalig von israelischen Kolumnisten als »Kriegsverbrechen« bezeichnet. Der neugegründete »Friedensblock« behauptete, »die Fahne der Illegalität« wehe über diesem Befehl, und deshalb seien die israelischen Soldaten verpflichtet, den Befehl zu verweigern.

Seit Eröffnung der Friedenskonferenz in Madrid im Dezember 1991 zogen sich die Verhandlungen über eine Lösung des Nahostkonfliktes bis zur 10. Verhandlungsrunde ergebnislos dahin, bis sich Mitte August 1993 Gerüchte verdichteten, daß sich Israel mit der PLO in Geheimverhandlungen in Oslo über eine Teilautonomie für den Gaza-Streifen und die Stadt Jericho im Westjordanland verständigt habe. Von diesem Ergebnis wurden sowohl die Öffentlichkeit als auch die anderen arabischen Verhandlungsdelegationen überrascht, die man von Seiten der PLO bewußt nicht eingeweiht hatte. Das Rahmenabkommen, das einen teilweisen Rückzug der israelischen Streitkräfte und die Übertragung von Verwaltungskompetenzen wie die Aufstellung einer palästinensischen Polizei, Erziehung, Tourismus, Besteuerung, Kultur, Gesundheit und Sozialfürsorge vorsieht, soll an noch zu entstehende palästinensische Behörden übertragen werden. Ausgeklammert wurden Fragen, die den Status von Jerusalem, die Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und die Zukunft der israelischen Siedlungen betreffen. Das Ziel der Verhandlungen ist, eine dauerhafte Lösung des Konfliktes auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 zu erreichen.

Die Übergangsverwaltung soll aus einem palästinensischen Rat bestehen, der aus freien, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgehen soll. Diese Wahlen sollen spätestens neun Monate nach Inkrafttreten der Grundsatzerklärung abgehalten werden. Ebenfalls soll ein israelisch-palästinensischer Verbindungsrat, der sich mit Themen, die die Koordinierung betreffen und von beiderseitigem Interesse sind, eingerichtet werden. Nach dem Inkrafttreten dieser Erklärung und den Wahlen wird Israel seine Truppen im Ga-

za-Streifen und um Jericho aus den bewohnten Gebieten verlegen. Die fünfjährige Übergangszeit beginnt mit dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen und dem Gebiet um Jericho. Nach dem Rückzug und dem Inkrafttreten der Grundsatzklärung erfolgt die Übergabe der Autorität von der israelischen Militärregierung und der Zivilverwaltung auf die mit diesen Aufgaben betrauten Palästinenser. Diese Grundsatzklärung wurde aber nur unterschrieben, weil die PLO das Existenzrecht Israels nochmals offiziell anerkennen und dem Terrorismus als Mittel der Politik abschwören mußte. Im Gegenzug erkannte Israel die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an.

Die »Verweigerungsfront« gegen eine Versöhnung mit Israel, u.a. Hamas, Islamischer Dschihad, DFLP, PFLP und Achmed Dschibrils »Generalkommando« hat sich Anfang September 1993 in Damaskus getroffen und den Plan abgelehnt sowie Arafat den Kampf angesagt. Ihr Credo: Der »bewaffnete Kampf gegen den zionistischen Feind« werde fortgesetzt. Ihr Widerstand geht sogar soweit, daß Dschibril Arafat gedroht hat, ihn zu ermorden. Daß es Arafat gelingt, neben seiner al-Fatah auch Naif Hawatmehs DFLP und George Habashs PFLP auf seine Seite zu ziehen, ist nicht mehr zu erwarten. In einem »Spiegel-Interview vom 13. September 1993 hat Habash unzweideutig klargemacht, daß er sich nicht mit dieser »schändlichen Übereinkunft« zufrieden geben wird, sondern daß er weiter auf die Intifada setzt, um »Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung« für Palästina zu erreichen. »Die Gaza-Jericho-Option hätte die PLO bereits vor 14 Jahren billiger und ohne den Tod so vieler Märtyrer haben können.« Diese These vertritt auch Michael Wolffsohn in »Frieden jetzt?«. Habash will nach Jerusalem, »ich will dort leben«. Mit Hamas und dem Islamischen Dschihad dürfte ein Konsens kaum möglich sein, da sie weiterhin Israel vernichten wollen. Nicht nur die Radikalen sind gegen dieses Abkommen, sondern auch Gemäßigte wie der palästinensische Schriftsteller Almutawakel Taha, der in diesem Abkommen keine Vorteile für die Palästinenser findet. »Die Israelis müssen, wenn sie tatsächlich Frieden wollen, ihre Ansprüche auf die Westbank und den Gaza-Streifen aufgeben. Sie haben dort keine Rechte«, so Taha in einem Interview mit der »FR« vom 9. September 1993. Der syrische Staatspräsident Hafis al-Assad hat Yassir Arafat bei dessen Besuch in Damaskus nicht seine offene Unterstützung für den Friedensprozeß zugesagt. Er wird auch nichts gegen die »Verweigerungsfront« unternehmen, solange sie ihm nützt. Seine Position ist klar: Es wird nur einen umfassenden Frieden in der Region geben, wenn die Israelis sich völlig vom Golan zurückziehen. Israel ist aber nur bereit, dies in einem Zeitraum von sieben

Jahren zu tun - Damaskus fordert ihn in drei Jahren - oder wenn die USA Sicherheitsgarantien übernehmen.

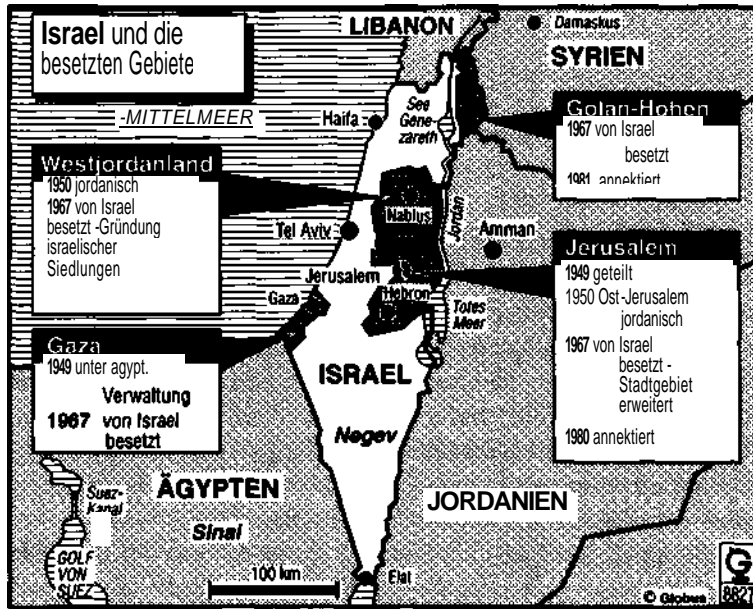
In der Zwischenzeit geht der Machtkampf auch in der al-Fatah-Fraktion weiter. Kritiker des Abkommens werden liquidiert. Arafat umgibt sich mit zweifelhaften Persönlichkeiten wie Aboul Za'im und Haj Ismail. Erst Ende Oktober wurde der Sicherheitschef der PLO im Hauptquartier in Tunis, Adnan Yasin, als Mossad-Agent enttarnt. Über ihn war es dem israelischen Geheimdienst gelungen, ein »Wanze« im PLO-Hauptquartier in Tunis zu plazieren.

Auch Ministerpräsident Yitzhak Rabin hat bei den radikalen Siedlern, den religiösen Fanatikern und dem rechtsnationalen Likud-Block noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Das Massaker von Hebron war nur die konsequente Folge einer Indoktrination gewisser religiös-nationalistischer Kreise in Israel. Daß Israel die Siedlerbewegung »Kach« und »Kahane lebt« als einen ersten Schritt verboten hat, war nur recht und billig. Zu einer Ausweisung oder Umsiedlung der »Kach«-Mitglieder aus Hebron fand sich die Regierung schon aus prinzipiellen Gründen nicht bereit. Man siedelt keine Juden aus einem der heiligsten Orte des Judentums um, auch deshalb nicht, weil bei einem Massaker im Jahre 1929 die jüdische Gemeinde in Hebron von Arabern liquidiert worden ist. Jetzt rächt es sich, daß man die PLO und einen großen Teil der Palästinenser jahrzehntelang als »Terroristen« und »Mörder« diffamiert hat. Es wird einige Zeit dauern, bis sich die israelische Öffentlichkeit an das neue Image eines »Präsidenten Arafat« gewöhnt haben wird.

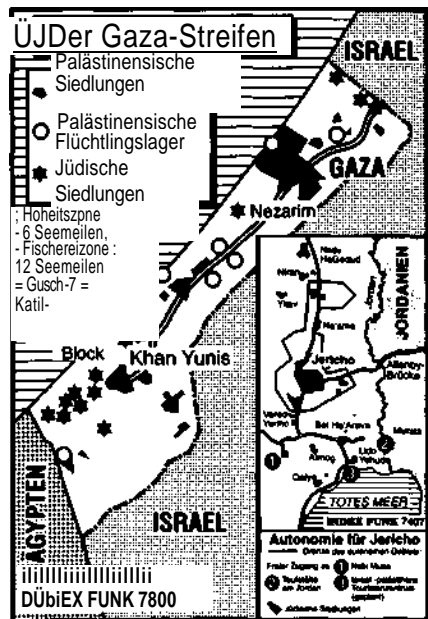
In der Zwischenzeit hat Arafats Polizeitruppe ihre Arbeit in den autonomen Gebieten aufgenommen. Der Aufbau der Verwaltung geht nur zögernd voran. Mit seinem Besuch im Juli hatte er sich lange Zeit gelassen. Sein autokratischer Führungsstil wird von den Palästinensern vor Ort heftig kritisiert. Wird sich Arafat überhaupt einer demokratischen Wahl stellen? Warum braucht er zu diesem Zeitpunkt bereits einen Geheimdienst? Soll nun der palästinensische Geheimdienst die Arbeit des Shin Bet fortsetzen? Befürchtungen, daß es eine Kooperation zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Geheimdienst gibt, um die Opposition gegen das Abkommen niederzuschlagen, sind nicht von der Hand zu weisen. So wurden vorsorglich im April von Israel bereits einige hundert Gegner der Abkommen in Administrativhaft genommen. Daß der palästinensische Geheimdienst mit seinen Landsleuten zimperlich umgeht, ist nicht zu erwarten. Mit Farid Hachem Dscharbu ist ein erstes Todesopfer zu beklagen. Unter diesen Umständen sind die Aussichten auf eine demokratische Zukunft in den autonomen Gebieten nicht gerade rosig.

In einem weiteren Schritt wollen wir die völkerrechtlichen Grundlagen untersuchen, auf denen die Besetzung beruht, und fragen, welches Recht von der Besatzungsmacht angewandt wird.

Karte 2



Karte 3



Der autonome Palästinenser-Staat



- Fliehe:
Gaza-Streifen: 365 qkm
Jericho: ca. 62 qkm
- Einwohner:
750 000 Palästinenser
5 400 jüdische Siedler
Jericho: ca. 20 000
- Erwerbstätigkeit:
Kleinindustrie,
Handel, Gewerbe 32 %
Bau 24 %
Landwirtschaft 18 %
Dienstleistungen u. a. 26 %
- Wirtschaftsleistung
je Einwohner: 590 \$
Zum Vergleich
Israel: 13230\$
Deutschland: 23 200 \$